



21. November 2024

Anerkennung des Rechts auf eine gesunde Umwelt – Aufruf zur deutschen Unterstützung eines Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir sind Teil einer Kampagne von mehr als 450 Organisationen der Zivilgesellschaft, sozialen Bewegungen und Organisationen indigener Völker sowie von mehr als 200 Wissenschaftler*innen.¹ Mit diesem Schreiben fordern wir Sie auf, sich im Namen der Bundesregierung für das Recht auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt einzusetzen. Bitte unterstützen Sie in der multidisziplinären Ad-hoc-Gruppe für Umweltfragen (GME) und im Lenkungsausschuss für Menschenrechte des Europarats (CDDH) die Annahme eines Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK). Die Bundesrepublik kann und sollte in dieser wichtigen Frage eine führende Rolle übernehmen, um Verbesserungen des Menschenrechts- und Umweltschutzes in Europa zu erreichen.

Deutschland hat sich in den letzten Jahren auf internationaler Ebene vor allem durch eine starke Klimaaußengesetzgebung hervorgetan. Angesichts ihrer etablierten Rolle ist die Bundesregierung somit gut positioniert, um in der GME und im CDDH eine zentrale Rolle für die Annahme dieses Zusatzprotokolls zur EMRK zu spielen. Auf diese Weise kann Deutschland sein Engagement für seine Bürger*innen unter Beweis stellen und seine weltweite Vorreiterrolle bekräftigen.

Wir leben in einer Welt, die unter zunehmender Umweltzerstörung leidet: Schätzungen zufolge sterben jedes Jahr fast 7 Millionen Menschen auf der ganzen Welt an den Folgen von Luftverschmutzung,² mehr als 300.000 davon allein in Europa. Extreme

¹ Aufruf von NGOs zur Annahme eines Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention über das Recht auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt:

<https://drive.google.com/file/d/1ocX80wg6MN2iw8u6EKAxPfnyjDaNBDA/view?usp=sharing>; Aufruf von Wissenschaftler*innen zur Annahme eines Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention über das Recht auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt, https://drive.google.com/file/d/18gpx6-l61G5wGuNvybe1eC5qA91RmYO/view?usp=share_link.

² Siehe: Weltgesundheitsorganisation, *Household air pollution*, 28. November 2022:

<https://www.who.int/news-room/fact-sheets/detail/household-air-pollution-and-health>.

Überschwemmungen, langanhaltende Hitzewellen, Waldbrände und zunehmende Dürreperioden treten aufgrund des Klimawandels immer häufiger auf. Der Weltklimarat hat erst vor Kurzem gewarnt, dass im nächsten Jahrzehnt die dringend notwendigen globalen und koordinierte Maßnahmen ergriffen werden müssen, um noch katastrophalere Auswirkungen eines Temperaturanstiegs von 1,5°C oder mehr zu vermeiden.³ Ganze Ökosysteme brechen zusammen, was sich auf die Ernährungssicherheit und den Zugang zu Wasser auswirkt, die Widerstandsfähigkeit von Gemeinschaften schwächt und künftigen Generationen eine desolate Welt hinterlässt.

Die Umwelt und die Menschenrechte sind eng miteinander verknüpft. David Boyd, ehemaliger UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte und Umwelt, stellte fest, dass "alle Menschen von der Umwelt abhängen, in der wir leben. Eine sichere, saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt ist eine wesentliche Voraussetzung für die uneingeschränkte Wahrnehmung einer Vielzahl von Menschenrechten, darunter das Recht auf Leben, Gesundheit, Nahrung, Wasser und sanitäre Einrichtungen. Ohne eine gesunde Umwelt können wir unsere Bestrebungen nicht verwirklichen. Wir können nicht einmal die Mindeststandards der Menschenwürde erreichen."⁴ Die Anerkennung des Rechts auf eine gesunde Umwelt kann in der Tat zu Verbesserungen führen, einschließlich sauberer Luft, besserem Zugang zu sauberem Trinkwasser und der Reduzierung von Treibhausgasemissionen.

Das Recht auf eine gesunde Umwelt ist derzeit in den Gesetzen und Verfassungen von 83 % der UN-Mitgliedsstaaten verankert, was seinen etablierten und weithin anerkannten Status weltweit unterstreicht. Internationale Gremien wie die Vereinten Nationen und regionale Institutionen wie der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte haben das Recht auf eine gesunde Umwelt unmissverständlich anerkannt und seine grundlegende Bedeutung für das menschliche Leben und die Zukunft unseres Planeten betont. Im Juli 2022 unternahm die UN-Generalversammlung einen wichtigen Schritt, indem auch sie das Recht auf eine gesunde Umwelt anerkannte. Diese bahnbrechende Resolution erhielt mit 161 Ja-Stimmen, keiner Gegenstimme und nur acht Enthaltungen eine überwältigende Unterstützung. Besonders hervorzuheben ist, dass alle Mitgliedstaaten des Europarates für die Resolution gestimmt haben. Diese eindeutige Zustimmung unterstreicht den weltweiten Konsens über dieses Grundrecht.

Darüber hinaus haben sich alle Staats- und Regierungschefs der 46 Mitglieder des Europarates in der Erklärung von Reykjavík 2023 verpflichtet, "ihre Arbeit im Europarat zu den Menschenrechtsaspekten der Umwelt auf der Grundlage der politischen Anerkennung des Rechts auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt als Menschenrecht im Einklang mit der Resolution 76/300 der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu verstärken".⁵ Außerdem hat das UN-Übereinkommen über die biologische Vielfalt (CBD), dem alle Länder des Europarates angehören, dieses Recht und die damit verbundene Resolution der UN-Generalversammlung im Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework (GBF) aus dem Jahr 2022 anerkannt. Schließlich wird dieses Menschenrecht in den wichtigsten Menschenrechtsverträgen in allen anderen Regionen außer Europa anerkannt, insbesondere in der Afrikanischen Charta der Menschenrechte und im Zusatzprotokoll von San Salvador zur

³ Siehe: IPCC, *Climate change 2023: Synthesebericht des Sechsten Sachstandsberichts des IPCC (AR6)*, 19. März 2023, abrufbar unter https://report.ipcc.ch/ar6syr/pdf/IPCC_AR6_SYR_SPM.pdf.

⁴ <https://www.ohchr.org/en/special-procedures/sr-environment/about-human-rights-and-environment>.

⁵ Siehe: Europarat, [Erklärung von Reykjavík](#) vom 16.-17. Mai 2023.

Amerikanischen Menschenrechtskonvention aus dem Jahr 1988. Der Europarat ist die einzige regionale Menschenrechtsorganisation, die dieses Recht noch nicht anerkannt hat.

Zwar erkennt bereits eine deutliche Mehrheit (42 von 46) der Mitgliedstaaten des Europarates das Recht auf eine gesunde Umwelt auf nationaler Ebene an und betont, dass dieses Recht auf nationaler Ebene nicht neu sei. Dennoch bestehen weiterhin Unterschiede, die auf ein uneinheitliches Schutzniveau auf regionaler Ebene hinweisen. Derzeit stellt die fehlende Anerkennung des Rechts auf eine gesunde Umwelt in der EMRK eine erhebliche Lücke dar. Die Anerkennung dieses Rechts durch die Annahme eines Zusatzprotokolls würde die Konvention mit ihren Grundprinzipien in Einklang bringen und ihre Wirksamkeit stärken. Der Rat würde sein Engagement für einen umfassenden Menschenrechtsschutz bekräftigen und seine Relevanz und Führungsrolle im 21. Jahrhundert stärken.

Aus diesen Gründen fordern wir Deutschland auf, in der GME und dem CDDH die notwendige politische Vorreiterrolle einzunehmen und sich für die Annahme eines verbindlichen Protokolls zur EMRK einzusetzen.

In der Anlage finden Sie weitere Unterlagen, die die Notwendigkeit der Annahme eines Zusatzprotokolls untermauern, darunter "Zehn Gründe für den Schutz des Menschenrechts auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt durch ein Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention" und ein umfassendes FAQ-Dokument.

Unterzeichnende Organisationen:

ClientEarth – Anwälte der Erde e.V.

Green Legal Impact Germany e.V.

Greenpeace e.V.

Naturschutzbund Deutschland e.V.